

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin S42, Luisenufer 1. Tel. Mpl. 3725
Postscheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsspaltrige Millimeterzeile 0,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt. Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheitsanzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Ueberschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend. Alleinige Anzeigenannahme durch Krieger-Dank G. m. b. H., Berlin SW 11, Königsgrätzer Straße 97. Fernsprecher: Hasenheide 2780, 2781, 4718, 4738, 4739, 4759. Postscheckkonto Berlin 47910.

Diese Zeitung muß an jeden Unorganisierten in den Gauen Hamburg und Hannover weitergegeben werden.

Einhundert neue Mitglieder in einer Woche in der Ortsverwaltung Hamburg.

In Zeiten wirtschaftlicher Krisen verlieren die Lauen und Flauen nur gar zu leicht den Mut und auch mancher der sonst takttesten Kollegen zweifelt daran, daß es möglich sein dürfte, auch in diesen Zeiten die Frühjahrsarbeit für den Verband erfolgreich gestalten zu können.

Diese Zweifler und Kleingläubigen mögen durch obige Zahlen überzeugt werden, daß auch in Zeiten schlechter Wirtschaftskonjunktur im Frühjahr eine erfolgreiche Agitation möglich ist, wenn diese von den Kollegen mit dem nötigen Eifer und der nötigen Ausdauer aufgenommen wird.

In der Hamburger Stadtgärtnerei waren in letzter Zeit größere Neueinstellungen erfolgt. Mancher dieser Kollegen hatte durch lange Arbeitslosigkeit seine Mitgliedschaft in der gewerkschaftlichen Organisation verfallen lassen. Durch intensive Agitation gelang es in letzter Woche, von diesen Kollegen 60 neue Mitglieder zu gewinnen. Im Baumschulengebiet Halstenbek-Rellingen brachte eine groß angelegte Hausagitation am letzten Sonntag 40 neue Mitglieder, die gewillt sind, in unseren Reihen mitzukämpfen. **Also 100 Mitglieder in einer Woche gewonnen!**

Wir freuen uns, den Erfolg unserer Remscheider Kollegen hiermit ergänzen zu können. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Erfolg! Darum auf Kollegen! Zu neuer Arbeit -- zu neuen Erfolgen. Nützt die Zeit! R.

Warnung vor Zuzug nach den Großstädten.

Wie alljährlich um diese Zeit ist der Drang der jüngeren Kollegen nach den Großstädten sehr groß. Sie wollen aus den elenden Verhältnissen heraus, die leider zum größten Teil in den kleineren Orten noch herrschen, oder wollen hinaus in die Welt, um ihr Wissen zu bereichern. Der Arbeitsmarkt liegt aber in diesem Jahr wesentlich ungünstiger als sonst. Überall ist jetzt, Mitte März, die Arbeitslosigkeit noch sehr groß, so daß für zureisende Kollegen keine Aussicht besteht, Stellung zu erhalten, oder sie müßten sich mit den schlechtesten Bruchstellen begnügen, die sonst kein Kollege annimmt, auch wenn er sich in schlimmster Lage befindet. Wie groß die Arbeitslosigkeit noch ist, mögen einige Zahlen zeigen. Es waren am 1. März arbeitslos: in Berlin 742, Hamburg 195, Frankfurt a. M. 88, Köln 80, Hannover 87, Königsberg 73, Dresden 170, Leipzig 150, München 34 Kollegen.

Unter solchen Verhältnissen ist es Leichtsinn, nach diesen Orten zu reisen. Wir raten jedem Stellungsuchenden, bevor er auf gut Glück nach einer Großstadt reist, sich vorher bei dem zuständigen Gauleiter zu erkundigen. Deren Adressen sind auf der letzten Seite unserer neuen Verbandssatzungen angegeben.

Mitglieder führen natürlich auch auf Reisen ihr Mitgliedsbuch bei sich, wenn sie nicht als Unorganisierte angesehen sein wollen.

Wer hilft mit?

Vor lauter täglichen Sorgen und Nöten merken wir kaum, daß der Frühling wieder seinen Einzug ins Land hält. Überall quellen die Knospen, und die ersten Blumen in der freien Natur zeigen uns, daß der Winter hinter uns liegt.

Für uns Gärtner war das Frühjahr immer die Zeit, wo neuer Mut geschöpft, die Reihen der Organisation gestärkt wurden. Das soll und muß auch in diesem Jahre so sein. Wohl wissen wir, daß die schwere Wirtschaftskrise auch auf viele unserer Kollegen lähmend wirkt und diese, soweit sie noch nicht in unseren Reihen sind, schwerer für den Verband zu gewinnen sind, als in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur. Das darf aber kein Anlaß sein zu glauben, in diesem Frühjahr sei die Agitationsarbeit nicht von Erfolg gekrönt. Im Gegenteil, hier heißt es, nur die Anstrengungen zu verdoppeln, den Fernstehenden immer wieder und überzeugend zu beweisen, wie notwendig und vorteilhaft der Zusammenschluß in der Organisation ist. Dieses zu beweisen ist an Hand der Tatsachen nicht schwer. Wir brauchen den Kollegen hierbei nur den Erfolg der Organisation vor Augen zu führen. Wer ehrlich gegen sich selbst ist, wird den Vorteil der Verbandsarbeit erkennen müssen und daraus die richtige Schlußfolgerung ziehen, nämlich sich dem Verband anschließen. Nur die ganz Verbissenen, die lieber im Lager unserer und ihrer eigenen Gegner sind, oder die glauben, als schmutzige Schmarotzer den Erfolg der Organisationsarbeit mit ernten zu können ohne gesät zu haben, wird man nicht überzeugen können.

Bei unserer Werbearbeit ist gewöhnlich das Erste, was uns entgegenklingt: „Der Verband hat keinen Zweck.“ So unsinnig diese immer wiederholte Behauptung ist, so notwendig und vorteilhaft ist es, diesen Kollegen das Gegenteil vor Augen zu führen und zu beweisen. Wir wollen dabei einmal in Nachstehendem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gau Hamburg etwas näher beleuchten.

Nehmen wir einmal die Landschaftsgärtnerei von Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgegend. Der Stundenlohn eines Gärtners über 20 Jahre betrug:

Am 1. Januar 1924	50 Pfennig,
am 1. Januar 1925	80 Pfennig,
am 1. Januar 1926	101 Pfennig.

Das macht in diesen zwei Jahren eine Steigerung von 100 Prozent.

Soweit die Friedhöfe und die Privatgärtnereien tariflich erfaßt werden, ist die Steigerung dieselbe, weil diese Gruppen dem Landschaftertarif angelehnt sind.

Die Arbeitszeit in diesen Branchen beträgt 8 Stunden täglich für das ganze Jahr. Wo standen wir früher mit unserer Arbeitszeit anderen Berufen gegenüber? Die älteren Kollegen, die selbst noch 12—14 Stunden am Tag arbeiten mußten, wissen diesen großen Fortschritt wohl zu schätzen, die jüngere Generation betrachtet die jetzige Arbeitszeit als eine reine Selbstverständlichkeit, die von selbst gekommen ist.

Betrachten wir weiter die Holsteinischen Baumschulen. Für Gärtner über 20 Jahre und Facharbeiter betrug der Stundenlohn:

Am 1. Januar 1924	33 Pfennig,
am 1. Januar 1925	54 Pfennig,
am 1. Januar 1926	66 Pfennig.

Für Mädchen und Frauen über 18 Jahre:

Am 1. Januar 1924	17 Pfennig,
am 1. Januar 1925	29 Pfennig,
am 1. Januar 1926	36 Pfennig.

Die übrigen Gruppen sind in demselben Verhältnis gestiegen.

Also auch hier eine Steigerung des Lohnes um 100—110 Prozent in zwei Jahren!!!

In einem Hamburger Handelsgärtnereibetrieb, in dem die Kollegen restlos organisiert sind, ist der Lohn mit 90 Prozent des jeweiligen Landschafterlohnes festgesetzt, beträgt also in diesem Betriebe 91 Pf. die Stunde; Urlaub wird bis 14 Tage gewährt.

Wir sind die Letzten, die die vorstehenden Löhne als ausreichend und zufriedenstellend betrachten. Wie würde es aber aussehen, wenn keine Organisation vorhanden wäre? Um das zu beurteilen, braucht man sich nur einmal die Löhne und die Arbeitszeit in den Betrieben anzusehen, in denen wir keinen Einfluß besitzen, weil die Kollegen immer noch glauben, durch die Güte ihres Herrn Chefs werde ihnen ein Brocken von demselben Tische fallen. Löhne von 40—50 Pf. für Gärtner sind in den Handelsgärtnereien keine Seltenheit. So zahlt jetzt die Firma Nonne & Höpke in Ahrensburg ihren Gehilfen, die schon länger im Betrieb sind, 45 Pf., Neueingestellte bekommen 40 Pf. die Stunde. Von der Firma Richers in Hamburg-Lerchenfeld, die drei Obergärtner, neun Gehilfen und elf Lehrlinge und Volontäre beschäftigt, wurde einem Kollegen, der dort anfangen wollte, aber mit dem ihm gebotenen Lohn nicht einmal das nackte Leben fristen konnte und höheren Lohn verlangte, gefragt: „Ja, bekommen Sie denn von zu Hause nichts zu?“ Herr Richers weiß also, daß die von ihm gezahlten Löhne nicht ausreichen und verlangt, daß seine Gehilfen ihren Eltern zur Last fallen oder . . . zum Spitzbuben werden müssen. So sehen wir, überall, wo unsere Kollegen schlecht oder gar nicht organisiert sind, sie nach allen Regeln der Kunst rücksichtslos ausgenutzt und ausgebeutet.

Jahrelang standen die Lübecker Landschafterkollegen mit ihrem Stundenlohn in Deutschland an der Spitze. Damals waren die Kollegen gut organisiert, heute wo die Mehrzahl glaubt, ohne Verband leben zu können, ist der Höchstlohn 65 Pf. Sie stehen jetzt an allerletzter Stelle. Ein führender Lübecker Unternehmer konnte uns deshalb auch anlässlich einer Verhandlung mit Recht sagen, daß wir es den Unternehmern gar nicht verdenken können, wenn sie keinen Tarif mit uns abschließen und keine Lohnerhöhung geben wollen, daran hätten unsere Kollegen selbst Schuld, wären sie besser organisiert, würde sich über alles reden lassen.

Also nicht deshalb, weil nicht mehr gezahlt werden kann, ist der Lohn niedrig, sondern weil die Unternehmer wegen der Gleichgültigkeit vieler Kollegen gar keine Veranlassung haben, mehr zu zahlen, deshalb besteht dieses Elend. Das sollte sich jeder Kollege hinter die Ohren schreiben.

In zahlreichen Fällen wird den Mitgliedern durch unseren Rechtsschutz Hilfe gegen das Unternehmertum gewährt. Würde die Organisation in all diesen Fällen nicht hinter den Kollegen stehen, würde nur in den wenigsten Fällen etwas erreicht werden. Die Unternehmer sacken den vorenthaltenen und schwer verdienten Lohn dann selbst ein.

Und welche Bedeutung haben unsere Unterstützungseinrichtungen? Allein im 4. Quartal 1925 sind in der Hamburger Verwaltung 6000 M. an Unterstützungen aller Art zur Auszahlung gekommen. Wer will bestreiten, daß diese Hilfe nicht so manchem Kollegen mit seiner Familie über die schlimmste Not hinweghilft?

An uns liegt es nun, den immer noch außerhalb unserer Organisation Stehenden davon zu überzeugen, daß der Verband einen großen Zweck erfüllt, daß es nur durch den Verband möglich ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu heben und damit gleichzeitig die Grundlage zu schaffen für einen sozialen und kulturellen Aufstieg.

Die Werbearbeit, die gerade in den Frühjahrsmonaten den besten Erfolg bringen muß, darf aber nicht auf die Schultern einzelner gelegt werden. Hieran sich zu beteiligen, ist unbedingte Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes. Darum frisch an die Arbeit, allen Widerständen zum Trotz.

Euch Kollegen aber, die Ihr bis jetzt unserer Organisation noch fernsteht, weil Ihr den Gedanken der Organisation noch nicht erkannt habt, rufen wir zu: „Zögert nicht länger, mit uns gemeinschaftlich unser Ziel zu verfolgen, hinein in den Verband der Gärtner und Gärtnerinnen!“

Runge.

Aus dem Wirkungsgebiet des Gaues Hannover im Jahre 1925.

Das Jahr 1925 war für den Gau Hannover ein Jahr des Aufbaues und der Wiedererstarkung. Die Mitgliederzahl stieg im Jahresdurchschnitt um 83. An Beitragsmarken wurden 5681 mehr umgesetzt als im Jahre 1924. Unsere vornehmste Aufgabe, die Lebenshaltung unserer Mitglieder zu heben und ihnen dauernd einen Anteil am Ertrag ihrer Arbeit zu sichern, war von Erfolg begleitet. Wir können im Rahmen des heutigen Berichtes nur die wichtigsten Orte und Bewegungen herausgreifen.

In Bremen schlossen wir im Frühjahr einen Manteltarifvertrag für Landschafts- und Privatgärtnerei, im Herbst einen für die Handels-, Baumschulen- und Gemüsegärtnerei ab. Den Tariflohn konnten wir in der Landschafts- und Privatgärtnerei von 65 auf 85 Pf. für die Gelernten und von 58 auf 78 Pf. für die ungelerten Kollegen steigern. In der Erwerbsgärtnerei wurden zu Beginn des Jahres 43—45 Pf. für Gelernte, 43 Pf. für Ungelernte und 35 Pf. für Arbeiterinnen gezahlt. Die Löhne standen am Jahreschluß auf 60 bis 65 Pf., auf 59 Pf. und auf 48 Pf. für die genannten Gruppen. Die

Tarifverträge sind für allgemein verbindlich erklärt und gelten somit für sämtliche Branchen der Stadt Bremen und des Landgebietes. Besonders den Privatgärtnern ist mit der Allgemeinverbindlichkeitsklärung ein Erfolg beschieden, den mancher von ihnen noch gar nicht begriffen hat. Es muß unsere nächste Aufgabe sein, für alle Kollegen den geschaffenen Tarifvertrag zur Anerkennung zu bringen.

In Braunschweig besteht für die Landschafts-, Baumschulen- und Privatgärtnerei ein Manteltarifvertrag seit 1920. Im letzten Jahre konnte der Tarifspitzenlohn für Gelernte von 63 auf 75 Pf., für Ungelernte von 50 auf 60 Pf. erhöht werden. Für die Kollegen der dortigen Landesbaumschule, die dem Braunschweigischen Tarifvertrag für die Verwaltungsarbeiter unterstehen, dem unser Verband als Kontrahent angehört, mußte im Frühjahr ein Ergänzungsabkommen geschaffen werden. Dies regelt die Arbeitszeit, die im Jahresdurchschnitt acht Stunden beträgt, und zwar in der Zeit vom 15. November bis 14. März sieben Stunden und vom 15. März bis 14. November 8½ Stunde. Für die Saisonarbeiter wurden wesentliche Verbesserungen erzielt. Sie erhalten jetzt, wenn sie 6 Monate beschäftigt sind, die Hälfte des tarifmäßigen Urlaubs. Die gleiche Berechnung findet auch für Dienstalterszulagen Anwendung, die nach 3 Dienstjahren 2 Pf., nach 6 Jahren 4 Pf. pro Stunde betragen. Der Lohn für die Landesbaumschule wurde für die Gelernten von 62 auf 71 Pf., für die Angelernten von 48 auf 58 Pf., für die Ungelernten von 45 auf 57 Pf., für die Arbeiterinnen von 34 auf 41 Pf. erhöht. Zu diesem Stundenlohn kommt der Frauen- und Kinderzuschlag von je 3 Pf.

In Hannover sind für die Landschafts- und Privatgärtner drei Lohnbewegungen geführt. Der Manteltarifvertrag wurde 1924 abgeschlossen. Durch diese drei Lohnbewegungen wurde der Stundenlohn von 60 auf 83 Pf. für die Gelernten, von 54 auf 75 Pf. für die Ungelernten und von 33 auf 47 Pf. für die Arbeiterinnen erhöht. Die zweite Lohnbewegung konnte nur durch einen Streik zum Erfolg gebracht werden. Dank der Einmütigkeit und Geschlossenheit der Beteiligten wurde der Kampf nach 4½ Tagen erfolgreich beendet. Er brachte eine Lohnerhöhung von 3,36 M. pro Woche und Person. Zum Streik mußte gegriffen werden, weil die Unternehmer uns keinen ernststen Kampf zutrauten und glaubten, unsere Forderungen wären nur eine leere Demonstration. Mit ernststen Kämpfen werden wir auch in Zukunft rechnen müssen, das beweist der ständige Kleinkrieg, den wir im Laufe des Jahres mit der Unternehmergruppe zu führen hatten. Mehrmals mußte das Gewerbegericht in Anspruch genommen werden, um unsere Mitglieder zu ihren tariflichen Rechten zu verhelfen.

In der Branche der Gemeindegärtnerei ist der Spitzenlohn gesteigert worden von 58 auf 73 Pf. für die Gelernten, von 51 auf 65 Pf. für die Angelernten, von 47 auf 59,5 Pf. für die Ungelernten. Der Lohn für die gelernten Arbeiterinnen wurde von 41 auf 56,5 und für die ungelerten Arbeiterinnen von 37 auf 48,5 Pf. erhöht. Auch hierzu kommen die Sozialzulagen von 3 Pf. pro Stunde. An dem Tarifvertrag für die Gemeindebetriebe ist unser Verband als Tarifkontrahent beteiligt.

Auch in der Gemeindegärtnerei blieb uns der Kleinkrieg nicht erspart. Nur zwei besondere Fälle seien erwähnt: Im Frühjahr 1925 mußten die Saisonarbeiterinnen bei der Einstellung schriftlich bestätigen, daß die Sozialbestimmungen des Mantelvertrages für sie keine Anwendung finden. Durch unser Vorgehen wurde erreicht, daß für die Kolleginnen, die im Vorjahre 6 Monate beschäftigt waren, die Wochenfeiertage bezahlt erhalten. Der zweite Fall betraf die Anerkennung von qualifizierten Handwerkern bei der Gartendirektion. Als im Laufe des Jahres diese neue Gruppe geschaffen wurde, lehnte die Direktion die Anwendung für ihren Betrieb ab. Erst nach langen und schwierigen Verhandlungen gelang es uns, Magistrat und Betriebsleitung zu einer anderen Auffassung zu bewegen und 32 Kollegen in diese Gruppe zu bringen.

Die geringsten Lohnsteigerungen erhielten unsere Kollegen in den Herrenhäusergärten. Sie betrug 6 Pf. für die Gelernten, 5 Pf. für die Ungelernten und 3 Pf. für die Arbeiterinnen. Hierzu kommen wie in anderen Staatsbetrieben die Dienst-, Alters-, Frauen- und Kinderzulagen. Für den Betrieb Herrenhausen wird erst dann eine Besserstellung erreicht werden, wenn die Reichsregierung von ihrer jetzigen Lohnpolitik abweicht. — Für die Blumengeschäftsangestellten, für die nur weibliche Arbeitskräfte in Frage kommen, konnte der Höchstwöchentlichlohn von 27 M. auf 33 M. gesteigert werden.

Auch auf vielen anderen Gebieten konnten wir manchen erfreulichen Erfolg buchen. So haben wir z. B. unsere Mitwirkung bei der Vermittlung von Arbeitskräften für die Gärtnerei bei dem Städtischen Arbeitsnachweis in Hannover erreicht. Die Vermittlung untersteht einem paritätisch gebildeten Fachausschuß und wird dreimal wöchentlich ausgeführt. — Besondere Aufmerksamkeit haben wir auch dem Bildungswesen gewidmet. Wir erreichten durch unser Vorgehen, daß in Bremen und Hannover Fachkurse für Gärtner bei den Berufsschulen eingerichtet wurden, an denen sich unsere Mitglieder in hervorragender Weise beteiligten. Mit Erfolg waren wir bestrebt, unser „Gärtnerei-Fachblatt“ immer weiteren Kreisen zugänglich zu machen. In unseren Mitgliederversammlungen wurde stets für guten Vortragsstoff gesorgt. In den größeren Verwaltungen wird in den regelmäßigen Monatsversammlungen ein Vortrag, zum Teil unterstützt durch Lichtbilder, gehalten. Wir sind bestrebt, daß auch in den Versammlungen

der kleinsten Zahlstellen Vorträge aller Art gehalten werden, nicht nur um den Zusammenhalt, sondern auch um das Wissen der Mitglieder zu fördern. Die Geselligkeit wurde durch Veranstaltungen von Festlichkeiten und Ausflügen gefördert. Es wurden zwei größere gemeinschaftliche Reisen nach Braunschweig und Hamburg unternommen, an denen sich die Kollegen des ganzen Gagebietes beteiligten. Jetzt rüsten wir schon zum Besuch der Gartenbauausstellung in Dresden. Unsere errichtete Reisesparkasse wird zu diesem Zwecke eifrig benutzt.

Auch in Göttingen, Bielefeld, Hildesheim und anderen Orten wurden gute Fortschritte erzielt. Es hat sich überall gezeigt, daß dort, wo unsere Mitglieder geschlossen auftraten, die besten Erfolge erzielt wurden.

Um alle Aufgaben erledigen zu können, nahm die Gageschäftsstelle an 194 Versammlungen, Sitzungen und Verhandlungen teil, außer den dreimal wöchentlich stattfindenden Arbeitsvermittlungen. Es wurden 5066 Postsachen versandt, gegenüber 3409 im Jahre 1924.

Die hier in kurzen Zügen geschilderten Erfolge waren nur möglich durch die selbstlose Mitarbeit der Kollegen, welche in den Verwaltungen und Zahlstellen gewirkt haben, sei es als Vorstandsmitglied oder als Haus- und Betriebskassierer. Es sind 63 Mitglieder als Funktionäre in unserem Gau tätig.

Das Jahr war ein hartes Jahr. Sein Ende war nicht aussichtsreicher als sein Anfang. Der Winter mit seiner Massenarbeitslosigkeit hat hohe Anforderungen an die Widerstandskraft des Verbandes gestellt. Ernste Zeiten liegen vor uns. Nur auf uns selbst gestellt werden wir diese überwinden können. Es wird und muß gelingen, wenn wir allezeit eingedenk sind der siegreichen Kraft der Organisation, und wenn jedes Mitglied auch fernerhin dem Verbands die Treue wahr und seine Arbeitskraft widmet. Sorgen wir durch unermüdete Erziehungs- und Aufklärungsarbeit an uns selbst und den noch Fernstehenden dafür, daß unsere Organisation auch in diesem Jahre weitere Erfolge erzielt. Auch in dem entlegensten Winkel des Gages muß der Organisationsgedanke verbreitet werden. Das neue Jahr erfordert neue Arbeit. Alle Kollegen rufen wir zur Mitarbeit auf. Jeder sei ein Agitator für unsere Ideale. Mutig weiter, vorwärts und aufwärts. Vereinte Kräfte führen zum Ziel!

W. Adam.

Bericht über die Konferenz des Gages Hamburg.

Die Konferenz tagte am 31. Januar im Hamburger Gewerkschaftshaus. Sie wurde 9½ Uhr vom Vorsitzenden, Kollegen Kunze, eröffnet und geleitet. Anwesend waren 38 Delegierte, 8 Vorstandsglieder und Kollege Busch als Vertreter des Verbandsvorstandes.

Zu Punkt 1, Jahresbericht, führte Kollege Runge aus: Hat das Jahr 1925 uns auch manchen Wunsch unerfüllt gelassen, so müssen wir doch erhebliche Fortschritte feststellen, über die wir uns freuen wollen. Die Inflationsjahre hatten neben manch andern Unheil auch böse Verwirrungen in die Köpfe vieler Kollegen hineingetragen und hinterlassen. Diese waren dann in ihrer Verblendung dem Verband untreu geworden. Wie schon das Jahr 1924, so mußte auch noch das letzte Jahr dazu dienen, diese Kollegen wieder zu sammeln und sie davon zu überzeugen, daß uns nur der Zusammenschluß in der Gewerkschaft wirtschaftlich helfen kann. Dieses ist uns im letzten Jahre noch mehr als vorher gelungen. Die ruhige Überlegung greift auch bei diesen Kollegen mehr und mehr Platz. Neu eingetreten sind im Berichtsjahr im Gau 583 Kollegen, das sind 121 mehr als 1924. Dieses kommt auch im Markenumsatz zum Ausdruck. An Marken sind 8158 mehr als im letzten Jahre umgesetzt, jedenfalls ein erfreulicher Fortschritt.

Die Zahlstellen Neumünster und Rostock konnten neu gegründet, andere weiter ausgebaut werden. In manchen Orten in Mecklenburg ist freilich noch manches nachzuholen, was wir bei unermüdder Arbeit aber noch schaffen werden.

Neben der mündlichen Agitation hat auch die schriftliche Agitation unter den Kollegen auf dem flachen Lande manch schönen Erfolg gebracht. Dieses werden wir auch in Zukunft beachten müssen. In der Agitation sind uns das Fachblatt, die Besichtigungen und sonstige fachliche Veranstaltungen gute Helfer gewesen. Auch der harmonisch verlaufene Gärtnertag diente dazu, die Kollegen inniger miteinander zu verbinden. Alles in allem kam über die Agitation und die Entwicklung der Organisation im Gau gesagt werden, daß uns das Jahr 1925 einen guten Schritt vorwärts gebracht hat.

Die Entwicklung der Kassenverhältnisse zeigt ebenfalls einen erfreulichen Fortschritt. Der Gau hat im letzten Jahre 13 335,13 M. mehr als 1924 an die Hauptkasse abgeführt. Die Ortskassenbestände haben sich um 2404,21 M. erhöht.

Streiks brauchten im Berichtsjahre nicht geführt zu werden. Wo unsere Organisation stark genug war, die gestellten Forderungen durchzusetzen, ist dieses ohne Arbeitseinstellung gelungen. Wo wir für unsere Kollegen keine befriedigenden Tarife abschließen konnten, lag die Schuld an den indifferent heisestehenden Kollegen. Tarife bestehen außer für unsere städtischen Kollegen für die Landschafts-, Privat- und Friedhofsgärtnerei von Hamburg, Altona-Wandsbek und Umgegend, in den holsteinischen

Baumschulen, der Firma Maaß, Handelsgärtnerei in Hamburg, und ein Lohntarif für die Kieler Landschaftsgärtnerei. Mit Ausnahme der Baumschulen ist überall die achtstündige Arbeitszeit durchgeführt. Die Löhne sind im letzten Jahre im Durchschnitt überall um 20—25 Proz. erhöht worden.

Die Mitarbeit der Vertrauensleute, wie überhaupt der ganzen Kollegenschaft, ist erfreulicherweise erheblich besser geworden. Wird auch jeder Kollege im laufenden Jahre seine Pflicht tun, so wird ein weiterer Erfolg die Belohnung sein.

Die Aussprache über den Jahresbericht wurde mit Punkt 3: Agitation und Organisation verbunden. Kollege Busch führte dazu aus: So alt das Thema des Vortrages sei, soviel Neues läßt sich darüber sagen. Zeiten und Verhältnisse haben sich wesentlich geändert, und müssen unsere Agitationsmethoden dementsprechend angepaßt werden. Erste Vorbedingung für die erfolgreiche Werbearbeit ist unbedingte Einigkeit und Geschlossenheit unter den Mitgliedern selbst. Die Disziplin verlangt, daß Auseinandersetzungen im engeren Kreis ausgetragen werden, weil solche auf den Unorganisierten nicht anziehend wirken. Der Schwerpunkt der Werbearbeit liegt in der Haus- und Betriebsagitation, die so wie früher in den Vordergrund gestellt werden muß. Sie muß ergänzt und unterstützt werden durch unsere Zeitung und durch Flugblätter, die durch bildliche Darstellung beleuchtet werden. In unserem Versammlungsleben darf die Vielheit der Arbeiterorganisationen nicht übersehen werden, deshalb nicht zuviel Versammlungen, dafür muß deren Ausgestaltung besser und interessanter werden. Großes Gewicht ist auf die Pflege der Geselligkeit und der Fachbildung zu legen. Die Erfahrung mehrerer Gage beweist, daß wir dadurch eine erhebliche Anziehungskraft für alle Branchen bilden. Die Fachbildung darf nicht nur um ihrer selbst willen und wegen der Agitation gepflegt werden, sondern insbesondere, um unsern wirtschaftlichen Scharfblick im Beruf zu erweitern. Unsere Aufgabe in den öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen, im Betriebsrat, im Schlichtungswesen, in den Prüfungsausschüssen usw. können wir nur dann ganz erfüllen, wenn wir neben wirtschaftlichen Kenntnissen auch gediegenes Fachwissen besitzen. Deshalb ist unser „Gärtnerei-Fachblatt“ und seine weiteste Verbreitung von großer Bedeutung. Fachkenntnisse sind auch bei Lohnverhandlungen notwendig, um die Behauptungen der Unternehmer prüfen und widerlegen zu können. Es ist uns durch die sichtbaren Erfolge der beiden letzten Jahre sehr leicht, den Nutzen und die Notwendigkeit der Organisation zu beweisen. Um weitere und größere Fortschritte zu erzielen, ist nur erforderlich, daß sich die Mitglieder in größerer Zahl für die Mitarbeit zur Verfügung stellen. Hat jeder den festen Willen, alle Widerstände zu überwinden, und den unbedingten Glauben an unsere Kraft und unsere Ideale, dann holen wir auch den zaghaftesten der Kollegen heran.

Die Aussprache über beide Vorträge war eine äußerst rege und interessante, brachte nicht nur neue Gedanken, sondern auch entgegengesetzte Meinungen zum Ausdruck. Die Diskussion brachte den Beweis, daß die Wichtigkeit der Kleinarbeit wieder erkannt wird und sich eine große Zahl befähigter Kollegen unter den Delegierten befand.

Nach einer kurzen Pause wurde der Konferenz ein Lichtbildapparat, wie ihn die Berliner Ortsverwaltung schon besitzt, vorgeführt und seine Anschaffung beschlossen. Er wird dazu dienen, die Versammlungen interessanter zu gestalten und das Wissen der Mitglieder zu erweitern.

Um 5 Uhr schloß Kollege Kunze die Konferenz mit Dank an die Delegierten für ihre Mitarbeit und mit einem Hoch auf die Organisation.

Unternehmer in Hannover auf dem Kriegspfade.

Die hannoverschen Unternehmer der Landschaftsgärtnerei wollen zum großen Schläge gegen die ihnen verhaßte Organisation ausholen. Sie kündigen den seit zwei Jahren bestehenden Manteltarifvertrag. Dadurch wollen sie von ihren Arbeitnehmern eine verlängerte Arbeitszeit erzwingen. Gestützt auf diese verlängerte Arbeitszeit hoffen sie auch den Lohn abbauen zu können. Das Vorbild ihrer großen Vettern in der Industrie und anderen Wirtschaftszweigen hat auch unsere Krauter zur Nachahmung angereizt.

Verschwiegen soll hierbei nicht werden, daß auch ein Teil unserer Kollegen den Unternehmern Veranlassung gegeben hat zu glauben, die Zeit sei jetzt gekommen, wo sie an einen Abbau der sozialen Bestimmungen des Tarifvertrages denken können. Diese Kampfansage dürfte auch den naivsten unserer Kollegen die Augen darüber öffnen, daß scheinbare momentane materielle Vorteile, erzielt durch Überarbeit, immer eine Gefährdung ihrer Interessen bedeuten.

Wie dem aber auch sei, die Unternehmer sind bestimmt im Irrtum, wenn sie, gestützt auf einige Ausnahmerecheinungen, glauben, dieselben Gedankengänge bei dem Gros ihrer Arbeitnehmer vorfinden zu können. Die Kollegen der hannoverschen Landschaftsgärtnerei haben bisher immer ihren Mann gestanden, sie werden auch dieses Mal den reaktionären Gelüsten der Unternehmer eine geschlossene Kampffront entgegenzusetzen wissen. Also, Kollegen, aufgepaßt! Doppelte Pflicht, jetzt erst recht dem Tarifvertrag Geltung zu verschaffen.

J. Friedrichs.

Merkworte für unorganisierte Kollegen!

Der Sohn eines Handelsgärtners sagte in einer Hamburger Versammlung: „Es ist eine Schande, daß Kollegen, die teilweise kein Hemd auf dem Leibe haben, nicht die Kurage besitzen, sich zu organisieren. Ich selbst wäre sofort dazu bereit, obwohl mein Vater eine größere Gärtnerei hat, die ich später übernehme. Die anderen Kollegen können aber nicht verlangen, daß ich vorangehe, sondern sie müssen selbst den Willen aufbringen, dann bin ich auch dabei. Ich habe in meiner Lehrzeit selbst bis 16 Stunden täglich arbeiten müssen, bin nun schon 5 Jahre in der Fremde. Und was habe ich von all meinem Arbeiten und Streben gehabt? Gerade soviel, daß ich mich satt essen konnte! In anderen Berufen sieht es besser aus, weil dort die Arbeiter besser zusammenhalten.“

Bremer Garten-Bauern mißachten das Gesetz.

Bekanntlich sind die Unternehmer begeisterte Anhänger des Koalitionsrechtes, soweit es sich um die Organisation der Unternehmer handelt. Sie sind auch für das Koalitionsrecht der Lehrlinge, wenn diese ihren Junggärtnergruppen beitreten, die von den Grille, Dehne, Ahrens und Heidenreich jun. und sonstigen Jun. geleitet werden. Diese Koalitionsfreunde werden erbitterte Koalitionsfeinde, wenn es sich um gewerkschaftliche Jugendgruppen handelt. Im Mitteilungsblatt der Bremischen Unternehmer finden wir folgende Bekanntmachung: „Unsere Mitglieder werden dringend ersucht, ihre Lehrlinge darauf aufmerksam zu machen, daß dieselben ohne Erlaubnis ihres Lehrherrn irgendeinem Verein oder Verband nicht angehören dürfen, auch die Versammlungen derartiger Verbände nicht besuchen dürfen.“

Das Koalitionsrecht eines jeden Staatsbürgers, auch der Lehrlinge, ist durch die Verfassung des Deutschen Reiches gewährleistet. Daß auch die Lehrlinge das Koalitionsrecht besitzen, beweisen die verschiedensten Urteile, die in dieser Angelegenheit gefällt sind. (Siehe „A. D. G.-Z.“ 1922 Nr. 31 S. 142, Urteil Landgericht Essen, und 1925 Nr. 13 S. 87, Urteil Landgericht Flensburg.)

Danach sind solche Beschlüsse der Unternehmer ungültig und ohne rechtliche Wirkung. Soweit sie gedruckt sind, wie im Mitteilungsblatt der Unternehmer in Bremen, sind sie Material zum Einstampfen.

Beschränkung der Freizügigkeit durch Unternehmer.

In Nr. 25 unserer Zeitung, Jahrgang 1925, ist schon auf die mehr als eigenartigen Versuche der Gartenarchitekten, die Anlageleiter und die ihnen passenden Gehilfen beliebig an andere Betriebe zu vergeben und dieselben nach den Wünschen der Unternehmer hin und her zu schieben, hingewiesen. Die Frage, ob die Arbeitnehmer hiermit einverstanden sind oder nicht, wird garnicht erst aufgeworfen, sie haben sich eben darin zu fügen. Wozu hätte man sonst auch die Möglichkeit der Arbeitsvergebung in der Hand, wenn man dieses nicht restlos zum eigenen Vorteil ausnützen wollte?

Eine neue Illustration von dieser Selbstüberhebung der Unternehmer erschen wir aus nachstehendem.

Die Gehilfen der Firma Rudolf Schmidt, Baumschulen in Rellingen in Holstein, wurden vor einiger Zeit gefragt, ob sie noch länger im Betrieb bleiben wollten. Ein Kollege, der sich hierüber noch nicht schlüssig war, erklärte hierauf: „Ich weiß es noch nicht.“ Weil sich in dem früher geordneten Betrieb in letzter Zeit allerhand Mißstände herausgebildet haben, und der Kollege sich auch fachlich weiterbilden wollte, versuchte er in einem anderen Betriebe Stellung zu erhalten. Dort wurde dem Kollegen erklärt, er könne wohl anfangen, erst wolle man aber noch einmal bei der Firma R. Schmidt anfragen, ob er auch in dem Betrieb entbehrlich sei. Die Einstellung wurde später mit der Begründung abgelehnt: „Herr Schmidt möchte Sie noch behalten, weil Sie schon solange bei ihm sind.“

Groß war das Erstaunen des Kollegen, als ihm Herr Schmidt am nächsten Tage erklärte: „Sie sind sofort entlassen, Sie haben ja doch keine Lust mehr bei mir zu arbeiten.“ Wie der Kollege die Gründe darlegte, warum er sich gern verändern möchte, sagte Herr Schmidt: „Ich mache, was ich will; Sie sind entlassen.“

Zurückzuführen ist diese ganze Handlungsweise auf eine zwischen den Baumschulenbesitzern getroffene Vereinbarung, Einstellungen von Arbeitnehmern, die in anderen Betrieben sind oder waren, nur mit Zustimmung dieses Betriebsinhabers vorzunehmen. Den Kollegen soll so unmöglich gemacht werden, frei über ihre Arbeitskraft zu verfügen. Das ganze erinnert an die haarsträubenden Zustände der Leibeigenschaft und bedeutet eine Beschränkung der Freizügigkeit. Die Zustände zu ändern und zu bessern wird

nur durch eine starke Organisation möglich sein. Werden die Kollegen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses im Verband erst einmal restlos erkannt haben, so werden die Unternehmer diese Angriffe auf die persönliche Freiheit ihrer Arbeiter aufgeben und die Verfügung über die Arbeitskraft dem Arbeitnehmer selbst überlassen müssen. R.

Wie es dort aussieht, wo die Kollegen nicht organisiert sind.

Einer Ortsverwaltung, in der der tarifliche Stundenlohn 90 Pf. beträgt, wurde in den letzten Tagen das nachstehende Schreiben übermittelt:

„An den Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter usw. . . .“

Ich erlaube mir, im Namen meiner Arbeitskollegen folgende Tatsache vorzubringen. Bei der Firma . . . herrschen betreffs der Lohnfrage skandalöse Zustände. Es werden dort nachweislich Löhne von 60—75 Pf. die Stunde gezahlt für Gärtner und Gartenarbeiter, die über 20 Jahre alt sind und Erfahrung in der Landschaftsgärtnerei besitzen. Ich möchte vorneweg bemerken, daß wir alle willens sind, uns dem Verband sofort anzuschließen. Ich bitte, die Aufnahmen wenn möglich an Ort und Stelle zu machen und vorerst eine mündliche Aussprache mit uns vornehmen zu wollen. Mit kollegialem Gruß . . .“

Die Arbeitsstelle wie die Firma haben wir absichtlich nicht angeführt, um unseren Kollegen keine unnötigen Schwierigkeiten zu machen. Zu dem Fall selbst ist folgendes zu bemerken: Die Arbeit ist auf dieser Arbeitsstelle schon seit längerer Zeit in Angriff genommen. Die Versuche, die Kollegen zu organisieren und diesen den Tariflohn zu verschaffen, war bisher nicht möglich. Die Kollegen glaubten immer noch, daß der Unternehmer sich freiwillig bereit finden würde, mehr zu zahlen. Jetzt, wo sie sehen, daß der Unternehmer garnicht daran denkt, seinen Pflichten nachzukommen, suchen sie Hilfe beim Verband. Wir freuen uns, daß die Kollegen den richtigen Weg gefunden haben, und werden ihnen zu ihrem Recht verhelfen. Es ist uns aber wieder ein Beweis, daß es ohne Verband nicht geht. Solange die Unternehmer wissen, daß die Kollegen unorganisiert sind, verfahren sie willkürlich mit ihnen. Nur in organisierten Betrieben herrscht Ordnung und erhalten die Arbeiter ihr Recht.

Warnung vor gärtnerischem Zuzug nach Dresden.

Die kommende Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung wirft auf den gärtnerischen Arbeitsmarkt ihre Schatten voraus. Noch niemals hatte im Monat März der Arbeitsnachweis der Gärtner ein so scheußliches Gesicht wie dieses Jahr. Schon seit Sommer 1925 war eine starke Zureise auswärtiger Kollegen zu verzeichnen. Im Herbst traf noch der Rest der Arbeitskräfte der Gartenbau-Ausstellung von Ludwigshafen in Dresden ein. Nach wenigen Wochen Arbeit auf dem Gelände der Ausstellung froren wir mit der Arbeit ein. Die Ausstellung entließ innerhalb 14 Tagen Anfang Dezember alle 300 Arbeitskräfte. Dabei waren die Hauptvorarbeiten bereits erledigt. Jetzt, Anfang März, arbeiten in der Ausstellung etwa 80 Kollegen, und mit dieser Zahl werden bis zur Ausstellungsöffnung die wesentlichsten Arbeiten getätigt. Während der Ausstellung sollen nur etwa 30—40 Gärtner beschäftigt werden, die mit Hilfe von etwa 40—50 Arbeiterinnen die Unterhaltungsarbeiten erledigen sollen.

In der gewerblichen Gärtnerei ist aber die Lage nicht besser. Zunächst ist der Gehilfenwechsel geringer als in den anderen Jahren. Die jungen Kollegen wollen wegen der Ausstellung in Dresden bleiben. Der Zustrom von außerhalb ist aber für diese Betriebe außerordentlich stark. Tagtäglich gehen in den Kontoren der Großgärtnereien Zuschriften arbeitssuchender Kollegen in hoher Zahl ein.

Seit Ende November sind im gärtnerischen Arbeitsnachweis Dresden noch nie unter 100 arbeitslose Kollegen eingezeichnet gewesen. Im Dezember stieg die Zahl der Arbeitslosen auf annähernd 400. Trotz bestem Februarwetter und auch jetzt Anfang März bleiben ständig über 100 Arbeitslose im Arbeitsnachweis. Sonst konnten wir um diese Jahreszeit innerhalb eines Tages leicht 100 stellenlose Kollegen in Dresden in Arbeit bringen. Somit werden zur Ausstellungsöffnung am 23. April noch eine größere Anzahl Kollegen arbeitslos sein.

Aus obigen Gründen müssen wir unsere Kollegen dringend vor Zuzug nach Dresden warnen. L. Hauke.

Gründen wir eine Sterbe-, Invaliden- oder Altersunterstützungskasse innerhalb unseres Verbandes?

Unser Vorstandsvorstand führt z. Zt. den Auftrag des Erfurter Verbandstages durch und veranstaltet eine Umfrage über die Einstellung unserer Mitgliedschaft zu diesem Problem, wobei er ganz

objektiv Vorschläge („A. D. G.-Ztg.“ Nr. 1, 1926) über die eventuelle Durchführung derartiger Unterstützungskassen macht. Unbeeinflusst von etwaigen Entschließungen irgend einer Ortsverwaltung oder eines Zweigvereins (da mir solche noch nicht zur Kenntnis gelangten) kam ich nach reiflicher Überlegung zu dem Schlusse: Die oben angeschnittene Frage ist grundsätzlich zu verneinen.

Es ist wohl überflüssig, sich in unserer Zeitung über die vornehmsten Aufgaben und den Zweck unseres Verbandes zu verstreiten, denn immer und immer wieder sagen uns doch ihre Spalten von den Zielen, die wir durch Zusammenschluß, durch gemeinsames Handeln erreichen müssen. Wir sehen das Brachfeld, das unser Dasein umgibt, die verhängnisvollen wirtschaftlichen Verhältnisse: Der Arbeitslohn reicht nicht zum Leben, die Arbeitsbedingungen sind schlecht, bald vielleicht winkt elendsgraue Arbeitslosigkeit. Dieses Getöse ist für jeden von uns eine mehr oder weniger bekannte Melodie des alten Liedes von der Sorge um die Existenz. Daraus ergibt sich als Ziel unserer Organisation Schaffung besserer Lebensbedingungen, d. h. Kampf nach außen.

Gewiß, dem Prinzip gegenseitiger Hilfe im Kampfe ums Dasein sind wir auch. Das zeigen unsere Unterstützungseinrichtungen, wie Streik-, Gemaßregelten-, Erwerbslosen-, Kranken- und Umzugsunterstützungen. Jedoch ein Mehr in diesem Sinne würde uns im Vorwärtskommen hindern, würde unsere Kassen- und Verwaltungsorgane unnötig belasten und überdies auch bei der Gewinnung neuer Mitglieder hinderlich sein, weil der Beitrag naturgemäß um soviel erhöht werden müßte, als die Ansprüche der Unterstützungseinrichtungen ausmachen.

Zugegeben also, daß in unserer Zeit schlimmster wirtschaftlicher Nöte ein Bedürfnis für derartige Versicherungen vorhanden ist, bestände vielleicht die Möglichkeit, eine der vielen Versicherungsgesellschaften dafür in Anspruch zu nehmen, aber unsere Kollegen lehnen diese bürgerlich-kapitalistischen Einrichtungen ab, weil sie sich uns in der treu-biedernden Maske eines Volksbeglückers nähern, um sich nachher als harte, dividendenschluckende Aktionäre zu entpuppen. Sie wollen sich an den Versicherten bereichern. Die angesammelten Kapitalien werden sicher nicht im gemeinnützigen Sinne verwendet.

Es sähe also trostlos aus, wenn sich die organisierte Arbeitnehmerschaft nicht selbst geholfen hätte. Seit 1913 besteht für ganz Deutschland die „Volksfürsorge“, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft, Hamburg 5, An der Alster 58/59. Trotzdem diese kurz vor dem Kriege gegründet wurde, hat sie sich gegen alle widrigen Umstände günstig entwickelt, denn sie ist ein gemeinnütziges Unternehmen, kein Geldgeber kann sich an den Groschen der wirtschaftlich Schwachen bereichern. Die Aktionäre — nämlich die deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften — erhalten das geliehene Kapital mit höchstens 5 Proz. verzinst und, da an den Vorstand und Aufsichtsrat keine Tantiemen verteilt werden, fließen alle Erübrigungen den Versicherten zu. Diese Tatsache veranlaßte schon die damalige Reichsregierung, die „Volksfürsorge“ durch Erlaß des Aktienstempels als gemeinnütziges Unternehmen anzuerkennen. Alle Versicherten sind demnach nach Maßgabe ihrer Versicherungssumme am Gewinn beteiligt. So sind also hier alle Bedingungen für den Abschluß irgend einer Versicherung äußerst günstig, so daß jeder interessierte Kollege nichts besseres tun könnte, als sich eingehend mit den Satzungen und Bedingungen der „Volksfürsorge“ zu beschäftigen. Zur weiteren Unterrichtung lasse ich nachstehend noch eine bedeutsame Entschliebung des 12. Kongresses des ADGB in Breslau folgen.

„Der 12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem Bericht über die Entwicklung der Volksfürsorge. Er spricht seine Genugtuung darüber aus, daß es der Volksfürsorge gelungen ist, die ungeheuren Schwierigkeiten der verheerenden Inflation zu überwinden, insbesondere auch darüber, daß es der Volksfürsorge möglich war, den Versicherungsschutz bis zur Umstellung auf wertbeständige Basis aufrechtzuerhalten. Die in dem Jahre nach der Umstellung gewährten gewaltigen Leistungen an die Hinterbliebenen der in dieser Zeit Verstorbenen sind von nicht zu unterschätzender sozialer Bedeutung. Als eine sehr wertvolle Hilfe auf dem Gebiete des Kleinwohnungsbaues sind die von der Volksfürsorge an die in Betracht kommenden Organisationen gegebenen hypothekarischen Darlehen zu betrachten.

Der Gewerkschaftskongreß verweist auf seine früheren Beschlüsse und fordert die Gewerkschaftsmitglieder auf, der Lebensversicherung die allergrößte Beachtung zu schenken und Versicherungen auf Todes- oder Todes- und Erlebensfall nur bei der von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründeten Volksfürsorge abzuschließen. Eine Beteiligung an Gründungen von Versicherungseinrichtungen irgendwelcher Art, die lediglich „als Mittel zum Zweck“ dienen sollen, ist auf das entschiedenste abzulehnen (Abonnementsversicherung, Sterbekassen von Bestattungsvereinen usw. Die Redaktion). Die Versicherung soll und darf nur Selbstzweck sein, wenn die ihr eigene soziale Bedeutung voll zur Auswirkung kommen soll.

In Ausführung dieses sowie der früheren Beschlüsse fordert der Kongreß die Gewerkschaften zur tätigen Mitarbeit für die Volksfürsorge auf.“
Fritz Haaker, Hamburg.

Konkurrenzkampf zwischen Privat- und Handelsgärtnerei.

In der „Rheinischen Gärtnerbörse“ wird seit einiger Zeit ein Meinungskampf zwischen diesen beiden Gruppen ausgefochten. Die Handelsgärtner der Bonner Gegend bezichtigen die dortigen Privatgärtner der schlimmsten Schmutzkonkurrenz. Ein Lokalverein, genannt „Verein angestellter Gärtner Bonn und Umgegend“, wehrt sich gegen den Vorwurf. Unter den angreifenden Handelsgärtnern befindet sich nun ein Mann, der Jahrzehnte lang in unseren Reihen gekämpft hat, von dem wir wissen, daß er ein sachlicher Kämpfer ist, der nie in den Fehler der Übertreibung verfällt. Wir kennen ihn auch als einen ausgezeichneten Fachmann und erbaten deshalb von ihm Auskunft. Diese lautet:

„Ich bin mit Dir einer Meinung, daß eine Privatgärtnerei ihren Überfluß für angemessene Preise ruhig abstoßen kann; was sich aber im Jahre 1925 in Bonn abspielte, geht über das Bohnenlied. . . . wenn von Gartenbesitzern größere Körbe voll Blumen für ein Trinkgeld in Blumengeschäfte fast täglich geliefert, so daß Erwerbsgärtner fast ganz ausgeschaltet werden, so muß man dagegen einschreiten. Körbe voll von Rhododendron, ganze Zweige einfach abgebrochen, nicht einmal geschnitten, Arme voll Stauden- und Sträucher-Blüten für ein paar Pfennige. Ich lieferte nach verschiedenen Stellen 100 lange Dahlien Ia zu 8 M., halblange zu 6 M., kurze zu 2 M. Der Sohn eines Professors der Kölner Universität, der in Roisdorf b. Bonn ein größeres Anwesen gemietet hat, bietet plötzlich 7 Dahlien halblang für 20 Pf. an. Für Astern erhielten wir für beste Ware 1—2 M. pro 100 Stück. Dieser Herr verkauft sie für 50—80 Pf. Ein Privatgärtner aus H e n n e f schickt alljährlich gerade in der stillsten Zeit, wenn seine Herrschaft verreis ist, täglich einen Lehrling mit einem großen Korbe Blumen nach Bonn, der von Geschäft zu Geschäft geht und sie für jeden Preis losschlägt. Den Vogel aber schoß ein Privatgärtner aus K ö n i g s w i n t e r ab, der einen Wagen hoch beladen mit Blumen in jedem Geschäft und auf dem Bonner Markt für 20 M. anbot. Als niemand die Ware kaufen wollte, bot er einem Blumengeschäft den Wagen voll Blumen für 10 M. an. Viele Privatgärtner verkaufen an Private ganze Blumenbünde für Preise, die niedriger sind, als wir die Einzelblume an Geschäfte liefern. Den Schaden solcher Handlungen tragen nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeitnehmer.“

Eine Konkurrenz in diesem Ausmaße muß tatsächlich als schlimmste Schmutzkonkurrenz bezeichnet werden, der auch wir entgegenzutreten müssen. Wir stehen jedenfalls nicht in dem Verdacht, entgegen des Preisabbaues zu sein, aber wir haben kein Interesse daran, daß die Preise für gärtnerische Produkte so niedrig sind, daß nicht einmal die Gesteungskosten, geschweige denn ein notwendiger Verdienst erreicht wird. Durch derartige Preisunterbietungen wird dem Kampf der Unternehmer gegen Privat-, Stadt- und Staatsgärtnereien nur Wasser auf die Mühle geleitet. Jeder für den Verkauf produzierende Privatgärtner muß es als seine selbstverständliche Pflicht betrachten, seine Ware nur zu einem angemessenen Preis abzusetzen. Schleuderpreise finden wir immer in engster Verwandtschaft mit Schundlöhnen. Jene sind ebenso Schandflecke am Beruf wie diese. Deshalb findet man beide auch nur bei denen, die den Gedanken und Inhalt der Solidarität, des Zusammenschlusses im Berufsverband noch nicht erfaßt haben.

Anerkennung gewerkschaftlicher Erfolge.

In einem Artikel „Richtige und falsche Wege der Krisenüberwindung“, dem wir nicht in allen Punkten zustimmen, schreibt Dr. Felix Pinner im „Berliner Tageblatt“ über die Lohnentwicklung in Deutschland: „Wir haben in Deutschland zurzeit eine gewaltige industrielle Reservearmee unbeschäftigter Arbeitnehmer. . . . Trotzdem hat dieses riesige Angebot von Arbeit bisher die steigende Lohnentwicklung noch nicht für alle Kategorien zum Stillstand bringen können, von einer Tendenz zur Senkung der Löhne gar nicht zu reden.“ In einer Zusammenstellung der Wochenlöhne für gelernte und ungelernete Arbeiter vom Januar 1924 bis zum Dezember 1925 zeigt er das stetige Emporklettern der Wochenlohnsätze, für gelernte Arbeiter von 28,50 M. im Januar 1924 bis 46 M. im Dezember 1925, für ungelernete von 23,20 M. auf 33,90 M. Er stellt dann fest, daß die Löhne mit dem Lebenshaltungsindex bis August 1925 nach oben strebten, daß dann aber nur noch die Löhne weiter steigen, der Lebenshaltungsindex hingegen eine rückgängige Tendenz zeigt, und daß die Lohnkurve stärker gestiegen ist, als die der Lebenshaltung.

Der Wirtschaftsdienst, herausgegeben vom Welt-Wirtschaftsarchiv der Hamburger Universität, stellt in einem Artikel „Die Löhne im Jahre 1925“ folgendes fest: „Berücksichtigt man die Stel-

gerung der Lebenshaltungskosten im Laufe des Jahres 1925, so ergibt sich für die Gelernten im Januar 1925 ein Realwochenlohn von 28,83 M. und im Dezember ein solcher von 32,55 M. Die Steigerung beträgt also 13 Prozent."

Beide Feststellungen beweisen, daß die Löhne seit Anfang 1924, wo sie einen unglaublich niedrigen Stand hatten, nicht nur nominell, sondern auch tatsächlich, also im Vergleich zur Lebenshaltung, langsam, aber doch erheblich gestiegen sind. Diese Steigerung ist nur auf das Wirken der Gewerkschaften zurückzuführen, denn jede Lohnerhöhung mußte gegen den Widerstand der Unternehmer durchgesetzt werden.

Was ohne Gewerkschaften geschehen wäre, das sehen wir deutlich in den Orten und Berufen, wo die Arbeiter nicht oder nicht straff genug organisiert sind. Auch in unserem Beruf haben wir leider noch viele Beispiele mit Monatslöhnen von 25—30 M. In solchen Fällen ist der Reallohn gesunken, also ganz bedeutend niedriger als vor dem Kriege. Das ist aber nur dort möglich, wo die Kollegenschaft glaubt, eine Organisation nicht nötig zu haben. Die Zahlen beweisen aber auch die Unsinnigkeit der Behauptung so mancher Neunmaiklugen, daß die Gewerkschaften versagt und nichts geleistet haben. Sie haben zweifellos erhebliche Erfolge aufzuweisen. Weil sie uns aber nicht voll befriedigen, haben wir alle Veranlassung, noch mehr als bisher für die Stärkung des Verbandes zu wirken.

Die Rückerstattung der Lohnsteuer.

hat durch Beschluß des Reichstages eine erhebliche Vereinfachung erfahren. Mußten bisher die Finanzämter in jedem einzelnen Falle eine besondere Berechnung vornehmen, so erfolgt jetzt die Erstattung nach Pauschsätzen, die nach dem Familienstand abgestuft sind. Diese betragen für jede volle Woche der Erwerbslosigkeit im vergangenen Jahre:

bei ledigen, kinderlos verheirateten und kinderlos verwitweten Arbeitnehmern 2 M.,

bei verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmern mit einem oder zwei minderjährigen Kindern 2,50 M.,

bei Arbeitnehmern mit mehr als zwei Kindern 3 M.

Für den Familienstand ist der am 10. Oktober 1925 maßgebend. Erstattet wird nur, wenn der Anspruch mindestens 4 M. beträgt. Erstattung kann also beantragt werden, wenn eine Erwerbslosigkeit von mindestens zwei Wochen gegeben ist.

Das Gesetz bestimmt auch jetzt die beizubringenden Unterlagen, und zwar bei Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, bei Arbeitslosigkeit, Aussperrung oder Streik die Arbeitslosenkontrollkarte, eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge oder des Arbeitgebers, bei Arbeitslosigkeit ist auch eine solche des Berufsverbandes zugelassen. In einem Erlaß zur Durchführung des Gesetzes ordnet der Reichsfinanzminister an, daß bei der Beschaffung der Unterlagen die Finanzämter selbst nach Kräften behilflich sein sollen. Vor allem sollen sie in den Fällen, in denen in ihrem Bezirk längere Zeit Streik, Aussperrung oder Kurzarbeit geherrscht hat, die erforderlichen Unterlagen sich selbst aus den Betrieben beschaffen. Wenn die Dauer des Verdienstauffalles nachgewiesen ist, soll im einzelnen nicht mehr besonders nachgeprüft werden, ob der steuerfreie Lohnbetrag von 860 M. jährlich voll gebracht worden ist oder nicht. Ausdrücklich wird betont, daß eine Bescheinigung über die Höhe des bezogenen Arbeitslohns nicht mehr erforderlich ist, da sich die zu erstattenden Beträge unabhängig von der Höhe des Arbeitslohns nur nach der Dauer des Verdienstauffalles richten.

Eine besondere Berücksichtigung erfordern die Fälle, in denen ein Arbeiter im vergangenen Jahre nur an einzelnen Tagen Verdienstauffall gehabt hat. In diesen Fällen sollen 6 volle Wochentage zu je 8 Arbeitsstunden einer vollen Woche gleichgesetzt werden. Hat z. B. ein Arbeitnehmer im Januar 1925 3 Tage gestreikt, war er im März 3 Tage krank und hatte endlich im November 12 Tage keinen Verdienst, so ist folgendermaßen zusammenzurechnen: Verdienstauffall im Januar 3 Tage, im März 3 Tage, im November 12 Tage, insgesamt 18 Tage = 3 volle Arbeitswochen.

Hätte der Arbeitnehmer nur für 17 Tage Verdienstauffall gehabt, so würde eine Erstattung nur für zwei volle Wochen erfolgen.

Eine wichtige Vergünstigung gesteht der Erlaß den Kriegsveteranen und Zivilbeschädigten zu, die mindestens 25 Proz. erwerbsbeschränkt sind. Bei ihnen soll der sich nach den allgemeinen Vorschriften ergebende Erstattungsbetrag um den Prozentsatz der Erwerbsbeschränkung erhöht werden, die im Jahre 1925 bestanden hat.

Der Erlaß setzt sich besonders für die beschleunigte Erledigung der Erstattungsanträge durch die Finanzämter ein. Die Finanzämter sollen sich mit den Arbeitnehmervertretungen in Verbindung setzen und darauf hinwirken, daß die Erstattungsanträge möglichst bald eingereicht werden. Die Finanzämter werden angewiesen, bei den Erstattungen nicht kleinlich zu verfahren. Das Gesetz ist mit dem 3. März in Kraft getreten. Dieser Zeitpunkt ist wichtig, weil das vereinfachte Erstattungsverfahren nur auf die Fälle Anwendung findet, die bei Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht entschieden waren. Wann die Anträge eingereicht worden sind, ist dagegen gleichgültig.

Arbeitskämpfe und Tarife

Lohnbewegungen.

Der Manteltarif für die sächsische Erwerbsgärtnerei ist unsererseits gekündigt worden, um die Arbeitszeit, die für 8 Monate auf 10 Stunden festgesetzt war, auf ein erträgliches Maß herabzusetzen. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Die Arbeitgeber riefen den Schlichtungsausschuß an, dessen Spruch dahin lautet, daß die 10 stündige Arbeitszeit für sieben Monate gelten soll, alle anderen Bestimmungen wie bisher bestehen bleiben. Dieser Spruch ist von uns abgelehnt, von den Unternehmern angenommen.

Der Lohntarif für die Landschaftsgärtnerei Köln-Düsseldorf wurde von den Unternehmern gekündigt, um einen 10 prozentigen Lohnabbau herbeizuführen. In Verhandlungen einigten sich die Parteien auf Beibehaltung des bestehenden Zustandes.

In Berlin und Hamburg sind die Manteltarife für die Landschaftsgärtnerei von den Arbeitgebern gekündigt. In Berlin haben die Verhandlungen noch zu keinem Ergebnis geführt; in Hamburg ist noch nicht verhandelt. In Stralsund wurde der dortige Baumschul-Tarifvertrag von seiten der Firma gekündigt. Der angerufene Schlichtungsausschuß fällt einen Spruch auf Weiterbestehen des bisherigen Tarifs. Infolge Ablehnung des Schiedsspruches durch den Unternehmer, wurde er vom Schlichter für verbindlich erklärt.

In den Rathenower Baumschulen war der Lohntarif von uns gekündigt worden. Die Arbeitgeber forderten Lohnabbau, wir Lohnerhöhung. Hier kam eine Einigung auf vorläufige Beibehaltung der alten Lohnhöhe zustande. Der abgelaufene Manteltarif wurde erneuert.

In Wiesbaden wurden die Löhne für Landschafts- und Handlungsgärtnerei ab 22. Februar um 2—3 Pf., für die Privatgärtnerei um 5 Pf. für die Stunde erhöht.

Der Reichsmanteltarif deutscher Gemeinden, an dem unsere Kollegen in Gemeindebetrieben interessiert sind, war gekündigt. Der Arbeitgeberverband hatte eine große Anzahl Verschlechterungsanträge gestellt. Die Anträge unserer Verwaltungen Hamburg, Berlin, Hannover wurden nach Verständigung mit dem Gemeindearbeiterverband von diesem mitvertreten. Am 18. und 19. Februar fanden Verhandlungen statt, die zu dem Ergebnis führten, daß der alte Vertrag mit Ausnahme von drei minderwertigen Bestimmungen bis zum 31. März 1927 verlängert wurde.

In der Berliner Landschaftsgärtnerei ist am 11. März eine Verständigung über den Manteltarifvertrag, nicht aber über den Lohntarif erfolgt.

Berichte

Ein „wichtiger“ Beschluß.

Die Hauptversammlung der Preuß. Hauptlandwirtschaftskammer tagte am 19. und 20. Februar und faßte 14 zum Teil sehr lange Beschlüsse. Einer der kürzeren betrifft die Gärtnerei und lautet: Die Hauptversammlung stimmte der Abänderung der Bezeichnung „Fachabteilung für Gärtnerei“ in „Fachabteilung für Gartenbau“ und „Ausschuß für Gartenbau“ in „Ausschuß für Gärtnerei“ zu.

Die Folge dieses umstürzlichen Beschlusses war eine gewaltige Erschütterung des Kronprinzen-Ufers in Berlin, dessen Ausstrahlungen bis in die kleinste Gartenbauernbude in Hinterpommern zu verspüren waren. Wieder ein Beispiel, mit welch ungeheurem Aufwand an Kraft und Geist die Landwirtschaft an der Verbäuerung der Gärtnerei arbeitet und damit deren Hebung herbeiführt.

Der Überfluß an russischem Obst

ist, wie viele unserer Kollegen sich während der Kriegszeit selbst überzeugen konnten, ein recht großer. Er kann auch jetzt, trotzdem die Früchte zur Reifezeit zu Spottpreisen abgegeben werden, auf dem russischen Inlandsmarkt nicht untergebracht werden. Kirschen kosten dann etwa 2,5—4 Pf. das Pfund und die vorzüglichen Antonowka-Äpfel 5—6 Pf. In dem Bestreben, diese Menge frischen Obstes dem Konsum zuzuführen und zugleich den russischen Export zu fördern, hat die bedeutendste russische Obsthändlerorganisation (Plodowin-Sojus) nunmehr einen Massenexport von russischem Obst erwogen. Man schätzt die exportfähigen Ernteüberschüsse auf über eine halbe Million Tonnen in einer Saison. Schwierigkeiten zur Verwirklichung des Planes liegen noch in der Sortierung und sachgemäßen Verpackung der Ware, da nur nach Erfüllung dieser Vorbedingungen das russische Obst mit dem Tiroler, französischen, belgischen, amerikanischen auf den europäischen Märkten in Wettbewerb treten kann.

Werden diese Schwierigkeiten durch die russische Regierung und Wirtschaft überwunden, dann erstet dem deutschen Obstbau zweifellos eine weitere nicht zu unterschätzende Konkurrenz.

Rundschau

Wie ist die Steuer des Kurzarbeiters zu berechnen?

Viele Arbeitgeber rechnen den Kurzarbeitern nicht die vollen Wochenermäßigungen an, sondern berücksichtigen nur die

Ermäßigungen, die auf die tatsächliche Beschäftigungsdauer entfallen. Arbeitet also z. B. ein Arbeiter nur Montags, Mittwochs und Freitags, so werden ihm auch nur die Ermäßigungen für drei Tage gut gebracht. Auch manche Finanzämter teilen diesen Standpunkt.

Eine solche Berechnung ist, wie der Reichsfinanzminister in seinem Erlaß erneut feststellt, falsch. Auch im Fall der Kurzarbeit sind vielmehr ohne Rücksicht darauf, wieviel Tage der Arbeiter tatsächlich beschäftigt ist, die vollen Wochenermäßigungen freizulassen. Das gilt sowohl vom wöchentlichen steuerfreien Lohnbetrag von 24 M., wie von den Familienermäßigungen, die für die Ehefrau 2,40 M., für das erste Kind 2,40 M., für das zweite Kind 2,00 M. usw. wöchentlich betragen. Auf diese Weise werden die meisten Kurzarbeiter tatsächlich steuerfrei, während sie bei den üblichen Berechnungen durchweg Steuern zu zahlen haben. In diesem Falle haben sie einen Anspruch auf Erstattung der zu viel gezahlten Lohnsteuer und können einen dahingehenden Antrag an das Finanzamt stellen.

Da die Arbeitgeber den Arbeitern die für einen solchen Erstattungsantrag nötigen Bescheinigungen ausstellen müssen, so haben sie selbst ein Interesse daran, die Zahl der Erstattungsanträge nicht durch falsche Steuerberechnung bei Kurzarbeitern zu vermindern. — Dieselben Bestimmungen wie für Kurzarbeiter gelten auch dann, wenn ein Arbeiter durch Krankheit oder sonst ohne sein Verschulden an einigen Tagen der Woche keinen Lohn bezogen hat und bei demselben Arbeitgeber beschäftigt blieb.

Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg.

Kann für das Jahr 1925 über ein sehr günstiges Ergebnis berichten. Die Zahl der eingegangenen Anträge belief sich auf 206 716, gegen 189 800 im Jahre 1924. Für Sterbefälle wurden rund 470 000 M. ausgezahlt, an gemeinwirtschaftliche Unternehmungen seit der Inflation etwa 10 Millionen Mark Hypotheken gewährt und weitere rund 7 Millionen Mark fest zugesagt. Der Gesamtversicherungsstand belief sich am Jahresluß auf 529 242 (Volk) und 16 882 (Leben).

Worte und Wirklichkeit.

Der Schrift eines amerikanischen Sozialisten entnehmen wir folgende interessante Ausführungen:

Wenn irgendjemand darüber redet, für den Glauben und die Flagge zu kämpfen, oder einem Volke Freiheit und Zivilisation zu bringen, so kannst du sicher sein, daß diese Völker irgendetwas besitzen, daß der andere zu haben wünscht. Folgendes Geschichtchen zeigt das deutlicher:

„Ein kleiner Judenjunge prügelte sich einst mit einem Paar Straßenjungen. Als sein Vater das Gegalge sah, rief er: „Gib

den Kampf auf, Ikey.“ „Ich kann nicht, Vater“, rief der Kleine zurück, „sie schimpfen mich Chinese.“ „Kümmere dich nicht um das Schimpfen; du warst ein Narr, dich in die Schlägerei einzulassen!“ „Die Jungs haben gesagt, ich bin ein Christenmörder“, schrie Ikey, währenddem er weitere Hiebe empfieng. „Was geht es dich an, was die Jungs sagen“, rief der alte Aaron. „Aber Vater, ich kann nicht weg, denn ich stehe mit einem Fuß auf einem Nickel“, kam es darauf von Ikeys geschwellenen Lippen.“

Dieser Nickel unter Ikeys Fuß war die Grundursache des Kampfes zwischen ihm und den anderen Jungs. Und all die Entrüstung über „Chinesen“ und „Christenmörder“ war nichts als der „ideologische“ Ausdruck für ein „materielles“ Interesse.

Es ist dieselbe Geschichte mit den großen Jungs, die wir Erwachsenen „große Männer“ nennen. Wenn diese Leute reden über Kämpfe für Gerechtigkeit, Ruhm, die Flagge, Gott, Vaterland — gib acht, ob du den Nickel unter dem Fuße sehen kannst. Du wirst ihn stets dort finden können.

„Die Seele des Werkzeuges.“ Jeder, der in der Praxis steht, weiß, daß die Arbeit ein Vergnügen oder eine Strafe sein kann — je nachdem ein gutes oder ein untaugliches Werkzeug zur Verfügung steht. Wer es mit seiner täglichen Arbeit ernst nimmt, der verwächst mit ihr, und in dem Maße als er dies tut, verwächst er auch mit seinem Werkzeuge. Er sieht in ihm nicht ein Stück toten Eisens oder Stahles, sondern einen lieben und verlässlichen Freund, der stets dort hilfreich eingreift, wo er es gerade braucht. Wie kommt es nun, daß von zwei Werkzeugen, die sich äußerlich durch nichts unterscheiden, doch nur das eine den Anforderungen genügt, während das andere in kurzer Zeit versagt? Eine Frage, die zu lösen nicht einmal schwierig ist, wenn man auf den Werdegang eines Werkzeuges zurückgreift. Das eine stand unter dem Drucke der Zeit, und wurde als Massenprodukt im Schnelltempo ohne jede individuelle Behandlung erzeugt, während das andere, durch viele sorgfältig wägende und prüfende Hände gehend, zum Spezial-Werkzeug herangereift ist und für sein weiteres Dasein ein Etwas mitbekommen hat, das man ruhig die „Seele“ des Werkzeuges nennen kann. Und gerade dieses „Etwas“ ist es, das bei der Arbeit mit ihm erwacht und sie mit ihm zur Freude macht. Man findet nicht gleich eine derartig ergiebige Quelle für unangenehme und kostspielige Erfahrungen wie die, welche sich aus der Beurteilung der Preiswürdigkeit eines Werkzeuges auf Grund des Anschaffungspreises ergibt. Es ist in der Gärtnerwelt bekannt, daß einwandfreie und in jeder Beziehung erstklassige Spezial-Werkzeuge für den Gartenbau bei der Firma S. Kunde & Sohn, Dresden 21, Kipsdorfer Straße, zu haben sind, deren 136-jähriges Bestehen eine Bürgschaft in jeder Hinsicht ist. F. W.

Preuss. Klassenlotterie

In Sachsen und Hamburg genehmigt.

Ziehung 1. Klasse am 16. u. 17. April 1926.

Hauptgewinn im günstigsten Falle auf ein Doppellos:

Zwei Millionen Reichsmark.

1 000 000 200 000

500 000 100 000

300 000 75 000

und sehr viele Mittelgewinne.

Jede Klasse derselbe Lospreis:	1/8	1/4	1/2	1	Doppellos
	3.-	6.-	12.-	24.-	48.- RM.

Porto u. Gewinnliste 30 Pft. extra. **Zahlung nach Empfang der Lose.** Gewissenhafte Zusendung der Lose und Gewinnlisten.
 Staatl. Lotterieleitungsamt **A. Bergemann, Berlin-W.,** Bayerische Straße 12.
 Postscheckkonto: Berlin 5667.

Saatbeize
 Uspulun, Tillantin, Agfa
Trockenbeize
 „Uspulun“ „Hoechst“

für alle Gemüsesämereien

Bienenwaben-Desinfektion

einfach auszuführen mit

AUFBAU

Soklat-Kuchen

gegen

Wühlmäuse



S O L D A R

gegen

Mehltau / Obstschorf
 Stachelbeertrauben usw.



Zello-Glitzkörner

gegen Mäuse in Saatbeeten



Hoechst

Erhältlich in den einschlägigen Geschäften

I. G. FARBENINDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT

Abt.: Schädlings-Bekämpfungsmittel

Leverkusen b. Köln a. Rhein

rotten-Steine

Wintergärten p. p.
 Scheide, Greussen i. Thr.

**Erdbbeer-
 Pflanzen**

IGN LOUISE und
 SOBLE, gut bewurz.,
 15 Stk. 15.- Mk.
 24 Stk. 2.- Mk.
 empfiehlt:
Eduard Bätz
 Sonneberg in Thür.
 schöne Aussicht 33

Rosen in Sorten

Rosen, Buch, 100 Zst.	M. 35,-
" " " " " " "	150,-
Zehlfingrosen, 100 "	50,-
Flanster bus, 80-120 cm, 1000 Zst.	50,-
Heinrichen, 100-140 cm, 1000 "	220,-
Wabanten, jährlich bepflanzt, 1000 "	120,-
" " " " " " "	48,-
Stachelbeer, Buch, la, 100 "	110,-
" " " " " " "	60,-
" " " " " " "	100,-
" " " " " " "	32,-

Alle neuen Erzeugnisse, Gläubiger, Ortblauben
 hat zu sehr günstigen Preisen abzugeben

W. Bieler, München, Augustenstr. 34

Privat-Gärtner 10 bis 20 Prozent Rabatt.

Nur wiederholtes Infizieren bringt Erfolg und Aufträge!

Die Berufskrankenkasse aller Gärtner ist die
**Gärtnerkrankenkasse
 Hamburg 21**

(Ersatzkasse), mit Familienversicherung und Sonderklasse für Selbständige u. Versicherungsfreie

Ortsverwaltungen in über 600 Orten * Freizügigkeit im ganzen Deutschen Reiche

Billigste Beiträge, 4% vom Grundlohn. — Höchste Leistungen. Sterbegeld bis M. 320.—. Jede gewünschte Auskunft durch sämtliche Verwaltungsstellen und durch die Hauptverwaltung, Hamburg 21, Winterbuderweg 90



Jagrad-Fahrräder
 und Zubehör, Uhren, Gold- u. Lederwaren, Musikinstrumente, Haushaltgeräte, Waffen, Munition
 Reichhalt. Katalog gratis
 R. Burpach & Sohn
 KREIENSSEN (Hanzl)
 Nr. 217

Schürzenstoff

per Meter 2,50 Solange Vorrat. in: Tinsjabell Tiefenwirth, Bayern

1 Planwagen

gut erhalten, verkauft bill. H.A. Krüger, Berlin Poststraße 3

Helmarbelt vergibt P. Holitzer, Breslau 11b

JAHRESSCHAU DRESDEN 1922

Jubiläums-GARTENBAU-Ausstellung

23. APRIL BIS ANFANG OKTOBER 1922

Dauerausstellung:

Pflanzen-Erzeugung Wissenschaft Pflanzen-Verwendung Industrie u. Technik

Sonderschauen:

- 23. 4. — 2. 5.: Die Frühjahrsblumen-Eröffnungsausstellung
- 11. 6. — 14. 6.: Erste Blumenschmuck- mit Raumkunst-Ausstellung
- 10. 7. — 13. 7.: Erste Rosenschau, Kirschen-, Frühobst- und Frühgemüse-schau
- 7. 8. — 10. 8.: Sommerblumen- und Liebhaberschau
- 3. 9. — 6. 9.: Herbstblumenschau, zweite Blumenschmuck- und Raumkunst-Ausstellung
- 7. 10. — 10. 10.: Obst-, Gemüse- und Chrysanthemumschau

Ohne Reklame kein Umsatz!

Harnstoff BASF
 (FLORANID)



**SCHÖNSTE BLUMEN,
 FRÜCHTE UND
 RASENFLÄCHEN**



Harnstoff BASF (Florand) enthält 46% Stickstoff und wird in Original-Blechdosen zu 1/2 kg und 5 kg, sowie in Originalsäcken zu 25 kg geliefert. Überall erhältlich! Man achte auf die Originalpackung. Überall erhältlich!

Stickstoff-Syndikat G. m. b. H., Berlin

Gärtner-Blumen-Töpfe

Ehepaar z. bald. Antritt f. Parkvilla bei Chicago (Nordamerika) bei hoh. Gehalt gesucht. Frau Köchin. Angebote mit Bild unt. H. G. 30231 an Ala Haasenstein & Vogler Hamburg 36

Blumentöpfe in allen Größen liefert preiswert Aug. Baasch Rad Inhaber S. Helnde Tonwarenfabrik Bitterfeld, Fernspr. 2

J. Fritz Scharpf

Blumenzwiebeln-, Dahlien- u. Gladiolen-Kultur Gilp / Heemstede / (Holland)

Verlangen Sie kostenfrei unser Spezial-Eng. über Edel-Dahlien, Gladiolen und sonstige Frühjahrssachen. Nur prima Qualität. Ziel wird gern eingeräumt.

Qualitäts-Garten-Werkzeuge



S. Kunde & Sohn
 DRESDEN 21
 Kipsdorfer Str. 106
 Verlangen Sie Spezialliste f. Messer u. Schere.



**Leiterwagen
 Tafelwagen
 Rungenwagen
 Schneeschuh
 Rodelschlitte**

stabilster Bauart, billige Preise. Preislist. auf Wunsch gratis und franko.
Strangfeld & Knoke
 G. m. b. H.
 Lübben (Lausitz)

Frühbeetenster

aus bayerischer Kiefer als Spezialität in allen gewünschten Abmessungen sofort lieferbar.
Weck & Sohn Bauschreine et mit Sägewerk Königshütte (Bayern) Post Mitterteich.
 Bei Gärtnereien gut eingeführte Vertreter gesucht